

Strafrechtliche Abhandlungen

Neue Folge · Band 288

Zweifelssatz und Verbandsstrafe

Von

Niklas Gräbener



Duncker & Humblot · Berlin

NIKLAS GRÄBENER

Zweifelssatz und Verbandsstrafe

Strafrechtliche Abhandlungen · Neue Folge

Begründet von Dr. Eberhard Schmidhäuser (†)
em. ord. Prof. der Rechte an der Universität Hamburg

Herausgegeben von

Dr. Dres. h. c. Friedrich-Christian Schroeder
em. ord. Prof. der Rechte an der Universität Regensburg

und

Dr. Andreas Hoyer
ord. Prof. der Rechte an der Universität Kiel

in Zusammenarbeit mit den Strafrechtslehrern der deutschen Universitäten

Band 288

Zweifelssatz und Verbandsstrafe

Von

Niklas Gräbener



Duncker & Humblot · Berlin

Zur Aufnahme in die Reihe empfohlen von
Professor Dr. Thomas Weigend, Köln

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln
hat diese Arbeit im Jahre 2018 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0720-7271
ISBN 978-3-428-15676-4 (Print)
ISBN 978-3-428-55676-2 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85676-3 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Doktorschrift entstand während meiner Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Verbandsstrafrecht an der Universität zu Köln. Die dortige Rechtswissenschaftliche Fakultät hat die Arbeit im Sommersemester 2018 als Dissertation angenommen.

Der erste Dank gebührt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Thomas Weigend, der mir stets mit Geduld, Wohlwollen und Rat zur Seite stand. Das außerordentlich hohe Maß an Fürsorge, das Professor Weigend mir während dieser Zeit entgegengebracht hat, ist im akademischen Alltag gewiss nicht selbstverständlich.

Frau Professorin Dr. Elisa Hoven danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Für die idealen Promotionsbedingungen im Rahmen der Forschungsgruppe danke ich deren Leitern sowie der Volkswagenstiftung, deren Zuwendungen das Forschungsprojekt erst ermöglichten.

Herrn Professor Dr. Dres. h.c. Friedrich-Christian Schroeder und Herrn Professor Dr. Andreas Hoyer danke ich für die Aufnahme der Dissertation in diese ehrwürdige Schriftenreihe.

Den größten Dank schulde ich meinen Eltern, die mir durch ihre großzügige Unterstützung und ihren familiären Rückhalt vieles ermöglicht haben. Dafür bin ich von Herzen dankbar. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Köln, im Januar 2019

Niklas Gräbener

Inhaltsverzeichnis

Einführung	15
<i>Teil 1</i>	
Die Zweifelslast im Strafprozess	17
Kapitel 1	
Die strafprozessuale Entscheidung bei Unaufklärbarkeit	17
A. Materielles Recht und ungewisser Sachverhalt	17
I. Grenzen materieller Rechtsätze	17
II. Formelle und materielle Beweislast	20
B. Die Non-Liquet-Entscheidung im Strafprozess	22
I. Einwände gegen den Beweislastbegriff	22
1. Keine formelle Beweislast des Beschuldigten	22
2. Einwände aus dem Wesen des Strafprozesses	24
II. Die strafprozessuale Zweifelslast	25
1. Zweifels- und Rechtsfolgenrisiko	25
2. Zweifelsrisiko als Zweifelslast	26
Kapitel 2	
Beweisregeln, Beweislastregeln, Vermutungen	27
A. Die Wirkweise von Beweis- und Beweislastregeln	27
B. Beweislasttheorien	29
I. Theorien auf Grundlage des materiellen Rechts	29
II. Theorien auf Grundlage der prozessualen Stellung	31
III. Lozierung der Beweislast aufgrund übergeordneter Prinzipien	32
C. Die Wirkweise gesetzlicher Vermutungen	33
I. Die sog. Vermutungslehren	33
II. Unwiderlegliche und widerlegliche Vermutungen	34
III. Widerlegliche Vermutungen als Beweislastregeln	38
D. Zweifelslastregeln und Beweisregeln im Strafrecht	39
E. Beweis- und Schuldvermutungen	40

I. Beweisvermutungen	40
II. Schuldvermutungen	42
F. Zusammenfassung	43

Teil 2

Der Zweifelssatz im Individualstrafrecht 44

Kapitel 1

Geltungsgrund des Zweifelssatzes 44

A. Vorbemerkung	44
I. Ausgangspunkt der Herleitung	44
II. Der Zweifelssatz als prozessuale Entscheidungsregel	45
B. Ansätze zur Herleitung	48
I. Herleitung aus den strafrechtlichen Verbotsnormen	48
II. Herleitung aus der Inquisitionsmaxime	49
III. Der Zweifelssatz als Gewohnheitsrecht	51
IV. Ableitung aus dem Vorbehalt des Gesetzes	52
V. Ableitung aus dem Rechtsstaatsprinzip	53
C. Herleitung aus der Unschuldsvermutung	54
I. Vorbemerkung	54
II. Die Unschuldsvermutung in der EMRK und der Rechtsprechung des BVerfG	55
1. Einführung	55
2. Die Unschuldsvermutung aus Art. 6 Abs. 2 EMRK	56
a) Art. 6 Abs. 2 EMRK und der „gesetzliche Beweis“ der Schuld ..	56
b) Zulässigkeit einer Beweislastumkehr	57
c) Zusammenfassung	58
3. Die Unschuldsvermutung in der Rechtsprechung des BVerfG	60
a) Verfassungsrechtliche Herleitung der Unschuldsvermutung	60
b) Verfahrensbezogene Funktion der Unschuldsvermutung	61
c) Unschuldsvermutung und Tatverdacht	62
d) Unschuldsvermutung als Rechtfertigungsverbot	63
III. Weitere Konzeptionen der Unschuldsvermutung	64
1. Die Unschuldsvermutung als psychologischer Sachverhalt	64
2. Die Unschuldsvermutung als Vermutung im Rechtssinne	66
a) Die Darstellungen bei Köster und Paeffgen	66
b) Die Darstellbarkeit als Vermutung im Rechtssinne	67
c) Die „Ausgangsvermutung zugunsten des Menschen“ als norma- tive Grundlage der Unschuldsvermutung	68
d) Kritik einer „Ausgangsvermutung zugunsten des Menschen“ ...	69

e) Zusammenfassung	71
3. Die Unschuldsvermutung als Sicherung des Schuldprinzips	71
a) Konnex von Schuldprinzip und Unschuldsvermutung	71
b) Die Kritik durch Stuckenberg	73
4. Die Unschuldsvermutung als Sicherung der verfahrensmäßigen Schuldfeststellung	73
5. Die Unschuldsvermutung als Verbot der Desavouierung des Verfah- rens	75
IV. Unschuldsvermutung und richterliche Entscheidungsfindung	77
1. Revision der dargestellten Ansätze	77
a) Keine Vermutung im technischen Sinne	77
b) Verfahrensbezogene Funktion der Unschuldsvermutung	77
c) Vorrang der schuldbezogenen Deutung	78
d) Argumentationsverbot und Sperrwirkung der Unschuldsvermu- tung	79
2. Kein Zweifelssatz aus der Unschuldsvermutung	80
D. Herleitung aus dem Schuldprinzip	80
I. Einführung	80
1. Zum Meinungsstand	80
2. Schuld als verfassungsrechtliche Strafschranke	82
II. Begründung des verfassungsrechtlichen Schuldprinzips	84
1. Begründung aus dem mit der Strafe verfolgten Vergeltungszweck	84
a) Vergeltung als Strafzweck	84
b) Kritik	85
2. Begründung aus dem mit der Strafe verfolgten Präventionszweck	86
a) Prävention als Strafzweck	86
b) Kritik	87
c) Utilitaristische Begründung des Schuldprinzips	89
d) Kritik des utilitaristischen Begründungsansatzes	90
e) Das Schuldprinzip als notwendiges Korrelat zum Präventions- zweck	92
f) Kritik der Auffassung vom Schuldprinzip als Präventionskorrelat	93
3. Begründung aus einer Folgenabwägung	94
4. Begründung aus dem Wesen der Strafe	95
a) Zwei Perspektiven dieses Argumentationsansatzes	95
b) Der Vorwurf als Wesensmerkmal der Strafe	96
aa) Die vorherrschende Definition der Strafe	96
bb) Die Unbeachtlichkeit der Strafzwecke	99
cc) Missbilligungscharakter der Strafe	99
(1) Die Strafe als sozialetisches Unwerturteil	99
(2) Das Gegenargument: Relativität der Sozialethik	100
(3) Die Ableitung aus dem Strafbegriff: ein Zirkelschluss?	102

(4) Der Vorwurfscharakter der Strafe	102
dd) „Straf“-Maßnahmen ohne Vorwurf?	105
c) Die Rechtsprechung des BVerfG	105
d) Stimmen in der Literatur	107
e) Vereinbarkeit der Strafe ohne Schuld mit dem Rechtsstaats- prinzip	108
5. Begründung aus den in der Strafe enthaltenen Grundrechtseingriffen	110
a) Der menschenwürdebezogene Begründungsansatz	110
b) Der Begründungsansatz von Frister	112
c) Kritik des Begründungsansatzes von Frister	113
d) Das Argument des Sonderopfers	114
e) Bewertung grundrechtlicher Begründungsansätze	117
6. Ergebnis	118
III. Schuldprinzip und Verbot der Verdachtsstrafe	120
1. Zur Bedeutung des Verdachts für die Zweifelsentscheidung	120
2. Dichotomie von Schuld und Schuldverdacht	120
3. Der Verdacht als Eingriffsgrund?	121
a) Der Verdächtige als Störer	121
b) Die Ungleichbehandlung des Nichtstörers	123
c) Kein Eingriffsgrund „Verdacht“	125
4. Begründung des Verbots der Verdachtsstrafe aus der Ratio des Schuldprinzips	126
a) Die Struktur der Verdachtsstrafe	126
b) Verdachtsstrafe als Grundrechtseingriff	127
5. Begründung des Verbots der Verdachtsstrafe aus einer Folgenabwä- gung	128
a) Die möglichen Folgen der Verdachtsstrafe	128
b) Keine Ableitung aus dem Verbot der Bestrafung Unschuldiger ..	128
c) Stuckenberg	129
d) Bewertung	130
6. Verbot der Verdachtsstrafe, Schuldprinzip und Zweifelsatz	131
IV. Ergebnis	132

Kapitel 2

Inhalt des Zweifelsatzes	132
A. Das Schuldprinzip als Bezugspunkt des Zweifelsatzes	132
B. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit und Prozessvoraussetzungen	133
I. Objektive Bedingungen der Strafbarkeit	134
1. Allgemeine Fragen	134
a) Abgrenzung von den Strafausschließungsgründen und Prozess- voraussetzungen	134

aa) Ansätze in der Literatur	134
bb) Stellungnahme	138
b) Die Zulässigkeit objektiver Strafbarkeitsbedingungen	140
c) Exkurs: § 184j StGB	143
d) Die Zweifelslast bei objektiven Strafbarkeitsbedingungen	146
2. § 186 StGB	148
a) Meinungsstand	148
b) Unwahrheit oder Nichterweislichkeit der Wahrheit	150
c) Die Unwahrheit als objektive Strafbarkeitsbedingung	152
d) Folgerungen für die Zulässigkeit der Zweifelslastumkehr	153
II. Prozessvoraussetzungen	154
1. Der Meinungsstand in der Literatur	154
2. Die Lösung der Rechtsprechung	156
3. Zusammenfassung	159
C. Maßregeln	160
I. Zweifel bei der Gefahrenprognose	161
II. Zweifel bei der Anlasstat	162
III. Begründung des Verbots der Verdachts-Maßregel	162
D. Vermögensabschöpfung	163
I. Strafcharakter der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	163
II. Zweifel bei der Anlasstat	166
1. Die „Beweislastumkehr“ in § 76a Abs. 4 StGB	166
a) Grundzüge der Regelung	166
b) § 437 Satz 1 StPO	167
c) Einziehung und Eigentumsfreiheit	170
2. Die Zulässigkeit einer Einziehung auf Verdacht	172
E. Ordnungswidrigkeiten	172
F. Schuldvermutungen und Umkehr der Zweifelslast	174
G. Struktur des Zweifelssatzes	175
H. Zusammenfassung der Ergebnisse des 2. Teils	176

Teil 3

Der Zweifelssatz im Verbandsstrafrecht 178

Kapitel 1

Schuldprinzip und Verbandsstrafe 178

A. Prinzipielle Geltung des Schuldprinzips in einem Verbandsstrafrecht	178
B. Zur Vereinbarkeit der Verbandsstrafe mit dem Schuldprinzip	180
I. Kein Erfordernis personaler Schuld aus dem Schuldprinzip	180

II. Kein Erfordernis personaler Schuld aus „sachlogischen Strukturen“ des Strafrechts	181
1. Der Gedanke sachlogischer Determiniertheit des Schuld- und Strafbegriffs	181
2. Stellungnahme	182
III. Kein Erfordernis personaler Schuld aus dem Wesen der Strafe	184
1. Rekapitulation des Strafbegriffs	184
2. Der normlogische Einwand	185
3. Straffähigkeit der Verbände	188
a) Vorbemerkung: Das Grundgesetz als Rahmen des gesetzgeberischen Ermessens	188
b) Der Einwand fehlender Reflexions- und Motivationsfähigkeit	189
aa) Das „Andershandelnkönnen“ als Voraussetzung für Strafe ..	189
bb) Die Handlungsfähigkeit des Verbandes	191
c) Die Sanktionsfähigkeit der juristischen Person nach § 890 ZPO	196
d) Der sozialetische Tadel als gesetzgeberische Wertentscheidung	197
IV. Ergebnis	198

Kapitel 2

Der Vorwurfscharakter der Verbandsstrafe	198
A. Keine Relevanz der „Verbandsschuld“ für die Geltung des Zweifelssatzes	198
B. Zurechnungs- und Verbandsschuldmodell	199
I. Darstellung	199
II. Anmerkung	200
C. Rechtsvergleichende Perspektive	201
I. England	201
1. Die „doctrine of identification“	201
2. Spezialgesetzliche Normierung des corporate manslaughter	203
3. Der Bribery Act 2010	204
4. Zusammenfassung	206
II. Vereinigte Staaten	207
III. Schweiz	208
IV. Österreich	210
1. Die Regelung in § 3 öVbVG	210
2. Vereinbarkeit mit dem Schuldprinzip	211
3. Stellungnahme	213
V. Deutschland	215
1. § 30 OWiG	215
2. Der nordrhein-westfälische Entwurf eines Verbandsstrafgesetzbuchs	216
3. Der Kölner Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes	217
4. Einziehung von Taterträgen nach § 73b StGB	219

D. Vorwurf und Vorwerfbarkeit im Verbandsstrafrecht	220
I. Vorwurfscharakter der Verbandsstrafe	220
1. Zurechnungsmodell	220
2. Verbandsschuldmodell	221
3. Der verbandsstrafrechtliche Vorwurf	222
II. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Verbandes	224
1. Das „Verbandsschuldmodell“	224
2. Systemtheoretische Begründungsversuche	225
a) Das Unternehmen als Unrechtssystem	225
b) Der konstruktivistische Unternehmensschuld-begriff	226
c) Einwände gegen den konstruktivistischen Unter-nehmensschuld-begriff	228
aa) Keine Reflexionsfähigkeit sozialer Systeme	228
bb) Das Problem der Identität	229
3. Identifikationstheoretisches Modell	232
4. Zurechnungslösungen	233
a) Einfache Zurechnungslösung	233
b) Qualifizierte Zurechnungslösung	234
5. Eigene Auffassung	236
a) Kein Erfordernis einer Verbandsschuld aus dem Begriff der Strafe	236
b) Der Rechtsverstoß einer Leitungsperson als zurechenbarer Norm-verstoß des Verbandes	238
aa) Die Verantwortlichkeit für verbandsbezogene Straftaten eines Organs	238
bb) Die Erweiterung auf die Repräsentanten-Ebene	238
cc) Verbandsbezogenheit der Tat	241
dd) Übertragbarkeit auf das Verbandsschuldmodell	243
c) Die materielle Rechtfertigung der Verbandsstrafe	245
aa) Die Notwendigkeit eines besonderen Strafgrundes	245
bb) Die Verbandsstrafe als Teil eines umfassenden Rechtsgüter-schutzes	245
cc) Die „Exzess“-Tat der Leitungsperson	247

Kapitel 3

Anwendbarkeit und Anwendungsbereich des Zweifelssatzes 248

A. Bezugspunkt des Zweifelssatzes im Verbandsstrafrecht	248
I. Prinzipielle Anwendbarkeit des Zweifelssatzes	248
II. Zurechnungsmodell	249
III. Verbandsschuldmodell	250
B. Widerlegliche Vermutung des Organisationsfehlers und „Beweislastumkehr“ im Verbandsstrafrecht?	252

I. Vermutung des Beruhens der Anlasstat auf einem Organisationsfehler	252
II. „Beweislastumkehr“ für vorwurfsbegründende Umstände?	252
C. Ordnungswidrigkeit und Maßregel	255
I. Ordnungswidrigkeit	255
II. Maßregelmodell (Schünemann)	255
III. Maßnahmen der Gefahrenabwehr	256
Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	258
Teil 1	258
Teil 2	258
Teil 3	259
Literaturverzeichnis	260
Stichwortverzeichnis	281

Einführung

Die Einführung einer „echten“ Verbandsstrafe steht nicht erst seit dem Entwurf des Landes Nordrhein-Westfalen zu einem Verbandsstrafgesetzbuch aus dem Jahre 2013 zur Diskussion. Die aktuelle, gleichermaßen durch den NRW-Entwurf wie auch Vorschläge aus der Wissenschaft beflügelte Diskussion zielt eine lange Tradition. Nahezu legendär sind die Ausführungen von Engisch auf dem 40. Deutschen Juristentag im Jahre 1953, die Verbände seien in Ermangelung eines natürlichen Willens schon nicht im strafrechtlichen Sinne handlungsfähig¹. Auch heute noch wird das Argument fehlender Handlungs- und Schuldfähigkeit juristischer Personen als Haupteinwand gegen die Einführung einer Verbandsstrafe vorgebracht. Ungeachtet dessen sind im Laufe der Zeit eine Vielzahl von Modellen entwickelt worden, um juristische Personen strafrechtlich zu sanktionieren. Mitunter wird im rechtspolitischen Diskurs auch eine „Beweislastumkehr“ zulasten der angeklagten Verbände gefordert, um eine effektive Sanktionierung sicherzustellen. Das wirft die Frage nach der Vereinbarkeit einer solchen „Beweislastumkehr“ mit dem Grundsatz *in dubio pro reo* auf. Ihr widmet sich die vorliegende Arbeit.

Für das Individualstrafrecht ist die Geltung des Zweifelssatzes unbestritten, nicht aber sein Geltungsgrund. Für die Frage nach der Anwendbarkeit des Satzes in einem Verbandsstrafrecht ist es daher erforderlich, diesen Geltungsgrund herauszufinden. Davon ausgehend kann die aufgeworfene Frage beantwortet werden. In einem einführenden ersten Teil wird zunächst das Wesen der Entscheidung bei Unaufklärbarkeit näher betrachtet. Dabei wird gezeigt, dass sich die *Non-Liquet*-Entscheidung im Strafprozess daran zu orientieren hat, wem das Gesetz das Zweifels- und Rechtsfolgenrisiko einer strafgerichtlichen Entscheidung aufbürdet. Im Anschluss wird die Wirkweise der Beweislastregeln und gesetzlichen Vermutungen von denjenigen der Beweisregeln und Beweisvermutungen abgegrenzt.

Im ersten Kapitel des zweiten Teils wird untersucht, woraus der Satz *in dubio pro reo* im Individualstrafrecht folgt. Im Vordergrund stehen dabei Begründungsversuche aus der Unschuldsvermutung und dem Schuldprinzip. Das zweite Kapitel widmet sich – auf Grundlage der Ergebnisse des ersten Kapitels – der Frage nach dem Inhalt des Zweifelssatzes. Dabei wird insbesondere die Geltung des Satzes für die objektiven Bedingungen der Strafbar-

¹ Engisch, in: Verhandlungen, S. E 24; ausführlich dazu Teil 3, Kapitel 1.B.II.1.

keit und die Prozessvoraussetzungen, aber auch für die Maßregeln, die Vermögensabschöpfung und die Ordnungswidrigkeiten untersucht. Es wird auch gezeigt, wann und unter welchen Voraussetzungen eine Zweifelsentscheidung *contra reum* zulässig ist.

Im dritten Teil wird sodann die Frage beantwortet, ob der Geltungsgrund für den Zweifelssatz im Individualstrafrecht auch dessen Anwendbarkeit in einem Verbandsstrafrecht bedeutet. Zunächst wird zu dem häufig vorgebrachten Einwand Stellung bezogen, die Verbandsstrafe verstoße gegen das Schuldprinzip. Ausgehend von einer rechtsvergleichenden Perspektive werden verschiedene Begründungsansätze für eine strafrechtliche Verantwortlichkeit des Verbandes kritisch betrachtet und eine eigene Auffassung entwickelt. Auf dieser Grundlage wird zur Anwendbarkeit und dem Anwendungsbereich des Zweifelssatzes in einem Verbandsstrafrecht Stellung bezogen und die ursprüngliche Frage nach der Zulässigkeit einer „Beweislastumkehr“ im Verbandsstrafrecht beantwortet.

Teil 1

Die Zweifelslast im Strafprozess

Kapitel 1

Die strafprozessuale Entscheidung bei Unaufklärbarkeit

A. Materielles Recht und ungewisser Sachverhalt

I. Grenzen materieller Rechtssätze

Materielle Rechtssätze bestehen aus Tatbestand und Rechtsfolge¹. Die Wenn-Dann-Verknüpfung der Rechtsnormen bringt es mit sich, dass diese nur zwei Sachverhaltsalternativen möglich erscheinen lassen: Zum einen den Sachverhalt, in dem die Tatbestandsvoraussetzungen gegeben sind, zum anderen denjenigen, in dem diese nicht gegeben sind. Beschreibt T die Tatbestandsvoraussetzungen und $R(T)$ die Rechtsfolge, enthält eine Rechtsnorm also zwei Anordnungen²:

$$T \rightarrow R(T)$$

und

$$\neg T \rightarrow \neg R(T)$$

Wenn T die notwendige Voraussetzung für $R(T)$ ist, dann folgt aus dem Fehlen von T , dass $R(T)$ nicht eintreten kann, jedenfalls nicht als Rechtsfolge von T ³. Die zweite Anordnung stellt die bloße Negation des positiv formulierten Tatbestands dar⁴. Begreift man materielle Rechtssätze als Schablone

¹ *J. Esser*, Grundbegriffe, S. 136.

² \rightarrow steht im Folgenden für eine Wenn-Dann-Verknüpfung, \equiv für eine mögliche (i. S. v. richtige) Subsumtion, \triangleq für ein Entsprechen auf gleicher Ebene, also auf Ebene des materiellen Rechts oder der zu subsumierenden Sachverhalte. Im Übrigen gelten die allgemeinen mathematischen Bedeutungen.

³ Soweit das Gesetz für den Tatbestand T' ebenfalls die Rechtsfolge $R(T)$ vorsieht, kann $R(T)$ insgesamt betrachtet natürlich auch bei einem Fehlen von T eintreten, vgl. *Engisch*, Logische Studien, S. 13.

⁴ *Engisch*, Logische Studien, S. 12; *Leipold*, Beweislastregeln, S. 20.